



Es wird kälter!

Ein Kommentar von Hugo Müller



Hugo Müller

Die Staatsfinanzen sind marode. Steuereinnahmen brechen weg. Sparen ist angesagt. Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes verzichten auf Lohn- und Gehaltsteile, arbeiten länger und beteiligen sich selbst stärker an Gesundheits- oder Altersvorsorge. So lautet die einfache und „kreative“ Logik unserer Politiker, wenn's eng wird. Und eine Kuh zu melken, die sich nicht wehrt, ist ja auch einfach. Aber wir sagen jetzt: So geht es nicht mehr! Jetzt stellen wir uns quer und machen einen „Aufstand der Ordnungshüter“. Wir in der GdP werden bis zum Äußersten gehen, auch wenn es „kälter“ wird. Das Schwingen der Disziplinar-Keule oder moralische Vorwürfe, wie sie jetzt schon zu Hauf gemacht werden, ändern daran nichts. Wer als öffentlicher Arbeitgeber sozialen Raubbau bei seinen Beschäftigten betreibt, wird einen heißen Tanz erleben. Dafür steht jetzt die GdP!



Titelzeile Bild am Sonntag vom 1. Dezember 2002

(Red) „Keine Knöllchen mehr! Polizei droht mit Bußgeld-Streik!

Für Falschparker, Verkehrsrowdys und Kleinganoven könnte es Deutschlands schönster Streik werden: Wenn es nach dem Willen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) geht, werden die Hüter von Recht und Ordnung bald nur noch Dienst nach Vorschrift machen. „In einigen Polizeidienststellen wird es sehr leer werden. Verfahren, bei denen es nicht um Leben und Tod geht, können durchaus liegen bleiben“, so GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg“, schrieb die Bild am Sonntag am 1. Dezember 2002.

Die Lage ist ernst wie nie! Für die Beschäftigten und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stellen die von den öffentlichen Arbeitgebern beabsichtigten Maßnahmen (Öffnungsklausel, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Kürzungen der Beihilfe usw.) einen Sozialabbau von bislang unbekanntem Ausmaß und die Aushöhlung des Beamtenrechts dar. Aus diesem Grunde hat die GdP Kampfmaßnahmen geplant (siehe abgedruckte Flugblätter), die unter die Haut gehen und in ansteigenden Eskalationsstufen angelegt sind. Beginnen werden wir mit Großdemonstrationen in

allen Bundesländern, Schreiben und Gespräche an und mit allen Politikern und Ministerpräsidenten bis letztendlich hin zu Streikmaßnahmen.

Bei Erscheinen dieser Ausgabe wird die Großdemonstration am 17. Dezember 2002 in Saarbrücken bereits erfolgt sein.

Gemeinsam mit den GdP-Kolleginnen und Kollegen aus Rheinland Pfalz und vom BGS werden wir im Verbund mit den anderen ÖD-Gewerkschaften und den Schwester-Gewerkschaften des DGB (IG-Metall, IG BCE usw.) machtvoll gezeigt haben, wie ernst uns allen der Protest ist. Das Orga-Team um Christof Baltes hat bereits einen großen Aktionsplan erstellt, der zum Einsatz kommt, wenn unsere Demonstrationen nicht genutzt haben sollten. Dass in den Medien und in der Politik unser Protest

bereits im Vorfeld ernst genommen wird, zeigt die Veröffentlichung in der Bild am Sonntag auf der Titelseite in halbseitigem Format und auch die nachfolgend abgedruckten Aussagen von Politikern.



Politikerschelte

Die Innenminister der Länder halten einen Bummelstreik der Polizei für rechtswidrig. Bayerns Innenminister Günther Beckstein (59, CSU): „Der Zorn von Beamten ist berechtigt, wenn sie allein besondere Opfer bringen sollen. Sparmaßnahmen müssen für alle gelten. Doch ein Bummelstreik der Polizei wäre für die Bürger nicht erträglich, wenn sie zum

Fortsetzung Seite 2

Beispiel nach einem Notruf länger warten müssen. Ich werde es nicht hinnehmen, wenn ein Polizist im Einsatz Überstunden verweigert. Überstunden können nämlich angeordnet werden. Wenn ein Beamter die Arbeit verweigert, wird das erhebliche dienstrechtliche Konsequenzen haben. Doch ich bin sicher, die Mehrzahl der Polizisten ist vernünftiger als ihre Gewerkschaft.“ Sein Brandenburger Kollege Jörg Schönbohm (65, CDU) meint: „Die Äußerungen von Herrn Freiberg sind maß- und verantwortungslos. Auch Herr Freiberg darf Beamte nicht dazu aufrufen, ihre Pflicht zu verweigern.“

Bei der Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 15. November 2002 sagte der Abgeordnete Klaus-Peter Puls (SPD): (wörtliche Wiedergabe aus dem Protokoll) „Meine Damen und Herren, ich habe mir ein Zettelchen gemacht. Der Vorsitzende der Bundes-GdP, Herr Kon-

rad Freiberg, ein Mann, den ich persönlich kenne und schätze, hat sich dazu verstiegen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes als Arbeitsklaven zu bezeichnen. Das halte ich für unzumutbar. Er hat aufgerufen zu einem Aufstand der Ordnungshüter, er hat aufgerufen zur Aufgabe der Loyalität der Beamten und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Das ist disziplinarrechtlich relevant, meine Damen und Herren! Das geht über die Wahrnehmung des wohlverstandenen Demonstrationsrechts hinaus!“ (Zitatende)

Nachdem der Bundesratsinnenausschuss beschlossen hat, sich mit der Gesetzesinitiative Berlins „Öffnungsklausel“ erst am 30. Januar 2003 zu beschäftigen, könnte die Zeittafel für das Gesetzgebungsverfahren wie nachfolgend aussehen. Die konkreten Abläufe hängen aber stark vom Tarifgeschehen ab, so dass Abweichungen möglich sind.

Zeittafel

30. Januar 2003 - Beratungen des Gesetzesentwurfes im Bundesratsinnenausschuss

14. Februar 2003 - 1. Durchgang Bundesrat

Ende Februar 2003 - Zuleitung des Gesetzentwurfs an den Deutschen Bundestag einschließlich der Stellungnahme der Bundesregierung zum Gesetzentwurf

10.-14. März 2003 - 1. Lesung Deutscher Bundestag – Überweisung an den Innenausschuss

31. März – 4. April 2003 - abschließende Beratung im Innenausschuss


7. – 11. April 2002 - 2. und 3. Lesung Deutscher Bundestag

23. Mai 2003 - 2. Durchgang Bundesrat

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt Solidarität und kämpft mit, denn nur gemeinsam sind wir stark!

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Februar - Ausgabe unseres Landes- teils ist der 7. Januar 2003



**Deutsche
Polizei**

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland


Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannenmacher (V.i.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfES
Scheider Str. 110
66 123 Saarbrücken
Telefon (0681) 9 62 - 1513
E-Mail: gdp-saar@gmx.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom
01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



**Jetzt
stellen WIR uns
quer!**

**Gewerkschaft
der Polizei**

Stichtag der Lohnbestimmung der
Polizei in NRW

Landesbezirk Saarland
Arbeitskreis Saarland

Saarbrücken, 22. November 2002

Öffnungsklausel - Nein Danke!!
Aufstand der Ordnungshüter:
Die (Gewerkschaft der) Polizei ist kampfbereit!

Es ist wohl traurige Wahrheit: Im Bundesrat zeichnet sich ab, dass die „Öffnungsklausel“ hin zum willkürlichen Ausbaubau der gerechten Entlohnung von Beamtinnen und Beamten von allen Bundesländern – quer durch die politischen Parteien und Fraktionen – gewollt ist. Daher ist auch in der saarländischen Polizei die Stimmung am Kochen.

Obwohl der Bundesratsinnenausschuss wohl erst Ende Januar in die Beratung eintreten soll, werden wir die Hände nicht in den Schoß legen. Es gibt nämlich schon jetzt alarmierende Beispiele dafür, dass die sozialen „Schutzdämme“ für die Beamtinnen und Beamten in den Ländern brechen:

- In Bayern wird ein Kabinettsbeschluss vorbereitet, um die Beihilfe zu beschränken, das Urlaubsgeld zu streichen und das Weihnachtsgeld für die Ruhestandlerinnen auf 68 % zu kürzen.
- In Baden-Württemberg wird die Anhebung der Altersgrenze für die Ruhestandsversetzung bei Polizistinnen auf 62 Jahre vorbereitet.

Um es klar zu sagen: Das ist für uns ein Verrat an fundamentalen Grundätzen der Gerechtigkeit durch die Politik. DGB und GdP werden dies durchgehen lassen. Wir werden uns gegen diesen beispiellosen Vertrauensbruch durch die Politik erhitzen und verbittert wehren.

Der Bundesvorstand der GdP hat in dieser Woche in Kassel ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Gegenwehr beschlossen. Es wurde festgelegt, das bevorstehende Gesetzgebungsverfahren intensiv und massiv „zu begleiten“. Die in der GdP organisierten Kolleginnen und Kollegen werden in den nächsten Wochen persönlich vom Bundesvorstand auf den Laufenden gehalten. Weil hier und jetzt wegen des Überraschungsmomentes die Details nicht ausgeplaudert werden können, soll so viel gesagt sein: Die „weitgehenden Maßnahmen“ werden unter die Haut gehen, und sie werden in ansteigenden Eskalationsstufen so angelegt sein, dass sie den Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens, sollte es nicht gestoppt werden, immer massiver behindern.

Auch wir im Saarland wappnen uns für die zu erwartenden Auseinandersetzungen. Unser Landesvorstand hat eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung von Kampfmaßnahmen unter Leitung unseres Kollegen Christof Baltes einberufen. Hier ist auch eine Ideenbörse eingerichtet worden, um die Aktionsvorschläge aus der Mannschaft in unseren Aktionsplan einzubringen. Ihr habt auch noch eine gute Idee? Dann solltet ihr sie sofort an unsere Landesgeschäftsstelle übermitteln.

Wir können die Stimmungslage in der saarländischen Polizei ganz genau: Die Kolleginnen und Kollegen sind stinksauer. Und: Sie sind kampfbereit, weil es um die Verteidigung der materiellen Existenzgrundlagen geht. Deshalb sind wir auch bereit, bis zum Äußersten zu gehen, um die geplante „Seuerlei“ namens „Öffnungsklausel“ abzuwehren.

In der 51. Kalenderwoche (in der Woche vor Weihnachten) werden wir – zusammen mit unseren Schwesengewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und unserem Dachverband DGB – in Saarbrücken reichhaltig demonstrieren. Wir werden demonstrieren, dass sich die Ordnungshüter im Aufstand befinden. Wir werden die Landesregierung eindringlich auffordern, aus diesem Koerpressuch gegen unsere Polizei auszusteigen.

Die GdP sagt allen Polizeibeschäftigten: Haltet euch für die schweren Auseinandersetzungen bereit.

Zum Schluss noch ein Wort an die Polizeibeschäftigten, die nicht Mitglied in der GdP sind: Bei diesen schwierigen Auseinandersetzungen wird es auf viele Köpfe, viele Hände und viele Füsse“ ankommen, die uns als Gewerkschaft stärken. Ihr solltet nicht abseits stehen oder euren Weg alleine gehen! Kommt in die Solidargemeinschaft GdP, damit wir diesen Kampf gemeinsam bestehen! Es wird schwer genug.

Nur gemeinsam sind wir stark.

Hugo Müller
Landesvorsitzender

BEFÖRDERUNGEN

Systematik und Entwicklung der Stellenstruktur Eine Perspektive für alle !?

Von Hugo Müller

Mit den Themenschwerpunkten

- Anlassbezogene Beurteilungen der am 01.10.01 prüfungsfrei Übergeleiteten
- Verteilung der Beförderungsmöglichkeiten auf die „Säulen“ Übergeleitete und Lehrgangsabsolventen
- Konkurrenzen untereinander

LKA, kompetent informiert.

Zur Ausgangslage:

Auf der Basis der im Frühjahr 2001 vom Kabinett beschlossenen Stellen- und Beförderungskonzeption für die saarländische Polizei erfolgen seit 01. Oktober

Zu diesem Termin konkurrieren diese Kollegen mit den zuvor aus der A 9 mZ Übergeleiteten (derzeit noch ca. 120, dann abzgl. der mittlerweile nach A 10 Beförderten).

Nach der aktuellen Beurteilung dürfte dann als weiteres Auswahlkriterium grundsätzlich das Rangdienstalter in Betracht kommen, was i.d.R. die zuvor aus der A 9 mZ Übergeleiteten bevorzugen würde.

Weil die bislang für den Zeitraum bis einschließlich 01.04.04 vorgesehenen A 10 -Beförderungen geringer als die Zahl der A 9 mZ – Anwärter waren, hätten grundsätzlich nur solche aus A 9 mD Übergeleiteten eine echte Beförderungschance nach A 10, die in der zum 01.10.02 anstehenden anlassbezogenen Beurteilung überdurchschnittlich beurteilt werden.

Bei dieser bevorstehenden anlassbezogenen Beurteilung sind als Orientierungsparameter zu berücksichtigen, dass bei der periodischen Beurteilung im Oktober 01 bei der Gruppe der Übergeleiteten landesweit nur 6 Kollegen überdurchschnittlich beurteilt wurden, und bisher bei anlassbezogenen Beurteilungen ein eher „restriktiver“ Ansatz galt.

So entstand bzw. entsteht ein echter „gordischer“ Knoten.

Beurteilungen mit einem „erhöhten“ Anteil überdurchschnittlich Beurteilter.

In der Veranstaltung wurde von den beteiligten Verantwortlichen allerdings deutlich ausgeführt und erläutert, dass bzw. warum solche Lösungsideen nicht realisierbar sind.



Die Aula war voll besetzt



LKA-Chief Harald Weiland

der innerhalb der beiden Säulen beschäftigte sich eine Informationsveranstaltung der GdP am 14.11.02 in Saarbrücken.

Weit über 150 interessierte KollegInnen wurden von Corinna

2001 ausbildungs- und prüfungsfreie Überleitungen aus A 9 mD nach A 9 gD.

Beförderungsmöglichkeiten nach A 10 (bis zu 30 %) und A 11 (bis zu 10 %) sollen die nicht mehr vergebene A 9 mZ ausgleichen.

Für die am 01.10.01 Übergeleiteten wurde zum weiteren Ausgleich die Wartezeit um ein halbes Jahr verkürzt, sodass die erste

Beförderungsmöglichkeit nach A 10 am 01.04.04 existiert.

Überlegungen:

Im Vorfeld sowie bei der Veranstaltung wurden mit großer Zeitinvestition Lösungsansätze entwickelt und diskutiert. Dazu gehörten etwa eine weitere Trennung der „Säule Übergeleitete“ in A 9er und A 9 mZler – verbunden mit einer getrennten Beförderungsauswahl, eine Abbildung der laufbahnrechtlichen Trennung der Säulen Übergeleitete und Lehrgangsabsolventen in den Beurteilungsrichtlinien oder „zielorientierte“ anlassbezogene

Die Lösung: Ausweitung der Beförderungsstellen

Gleichwohl wurden schließlich in der Veranstaltung von den ReferentInnen problemlösende, mit der Ministeriumsspitze abgesprochene Perspektiven aufgezeigt. Die Lösung soll in einer maßvollen Ausweitung der Beförderungsmöglichkeiten nach A 10 bestehen. Dies würde dazu führen, dass zum 01.04.04 –und insofern unabhängig von der mit den anlassbezogenen Beurteilungen entstehenden Beurteilungslage– eine Beförderungskonkurrenz zwischen aus A 9 mD und A 9 mZ Übergeleiteten nicht mehr existierte. Das bedeutet also, dass die aus der A 9 mZ übergeleiteten Kollegen spätestens zu diesem Zeitpunkt bereits beför-

Fortsetzung Seite 4



V.l.n.r.: Paul Haben, Corinna Miller, Hugo Müller

na Miller, Leiterin Ref. D6, sowie Paul Haben und Harald Weiland, den Leitern der LPD bzw. des

SCHULUNGSPROGRAMM

dert worden sind.

Gleichzeitig soll die Ausschöpfung aller im Bereich „Lehrgangabsolventen“ möglichen Beförderungen (60 % in A 10, 20 % in A 11) dafür sorgen, dass der vom Konzept angestrebte Gleichklang zwischen den unterschiedlichen Gruppen nicht in Schieflage gerät.

Fazit

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass in einem offensichtlich sehr viele interessierenden Problemfeld das andauernde und nachhaltige „GdP-Nachhaken“ positiv gewirkt hat und jetzt echte Problemlösungsansätze erkennbar werden. Den ReferentInnen sei Dank gesagt für ihre Bereitschaft, sich in diesem schwierigen Komplex den kritischen Fragen zu stellen und sich im Sinne einer hoffentlich guten Lösung engagiert zu haben.

P.S. Noch Fragen? Antworten über die Landesgeschäftsstelle, Tel. 0681-811498.

Schulungsprogramm der GdP Landesbezirk Saarland 2003							
Nr.	Termin	Zielgruppe	Seminarinhalt	Ort	Anmeldeschluss	Teilnehmerzahl	Eigenanteil
1	10.02. - 14.02.03	Mitglieder	"Die Macht der Sprache"	Kirkel	03.01.03	15	77 €
2	Februar	Junge Gruppe	Bildungsfahrt der Jungen Gruppe	Köln	Januar	25	-
3	April	Junge Gruppe	Bildungsfahrt der Jungen Gruppe	Köln	März	25	-
4	26.09.03	Frauengruppe	Bildungspolitische Fahrt der Frauengruppe	Bonn	01.09.03	20	-
5	21.05. - 23.05.03	Senioren	Wie sicher ist unsere Altersversorgung? (Vergütungsreformgesetz)	Bosen	07.04.03	15	-
6	27.09.-29.09.03	Senioren / Mitglieder	Wie bereite ich mich auf meinen baldigen Ruhestand vor? Woran muss ich denken?	Bosen	14.07.03	15	-
7	10.09. - 12.09.03	Tarifbeschäftigte	"Tarifrecht im Öffentlichen Dienst"	Bosen	01.08.03	15	-
8	15.09. - 17.09.03	Vertrauensleute	"Mitbestimmung im Betrieb"	Bosen	04.08.03	15	-
9	13.10. - 15.10.03	Personalkräfte	Personalvertretungsrecht	Kirkel	26.09.03	15	-
10	15.10. - 17.10.03	Personalkräfte	Personalvertretungsrecht	Kirkel	26.09.03	15	-
11	03.11. - 05.11.03	Mitglieder	"Mobbing in Betrieb, Dienststelle und Verwaltung macht -psychisch- krank!"	Bosen	19.09.03	15	-
Kooperationsveranstaltung zwischen der Gewerkschaft der Polizei und der Katholischen Polizeiseelsorge							
1	November	offen	"kölberliche Begegnungstage"	St. Thomas	Oktober	15	-
2	auf Anfrage	offen	Tagesseminare	Bosen		10	-

KG LANDESPOLIZEIDIREKTION

Gratulationen

Zum 50. Geburtstag

Hans-Peter Comtesse, Hans-Josef Brill, Alban Stolz, Werner Velten, Hartmut Zimmer, Manfred Ehre, Charlotte Klauck, Herbert Kessler, Werner Meyer, Franz Peter Schmidt, Robert Riga, Jürgen Meiser

Zum 60. Geburtstag

Helmut Weigerding, Franz Lindlbauer, Herbert Bühl, Gerda Höche

Zum 65. Geburtstag

Alfons Schmelzer

Zum 75. Geburtstag

Urban Braun, Karlheinz Berhard

Zum 80. Geburtstag

Franz Kiefer

Natürlich gilt unser Glück-

wunsch auch allen, die am 1. Oktober ihre Beförderung entgegennehmen konnten.

Dass die Seniorenarbeit in unserer Kreisgruppe so hervorragend funktioniert, geht auf die prima Arbeit des Seniorenvertreters Karlheinz Berhard zurück. Ihm deshalb noch ein besonderer Glückwunsch zu seinem Geburtstag.



Karlheinz Berhard

NACHRUUF

Helmut Wiesen verstorben

Am 30. Oktober 2002 verstarb unser langjähriges Mitglied EPHK a.D. Helmut Wiesen im Alter von 61 Jahren.

Helmut Wiesen war über ein Jahrzehnt Vorsitzender der Beamtenechtskommission der saarländischen GdP und Mitglied der Kommission auf Bundesebene.

Wir trauern mit seinen Hinterbliebenen und werden ihm ein ehrendes Andenken wahren.



Helmut Wiesen

Frühstücksbuffet am Zwischenlager

Ein Einsatzbericht von Reinhold Schmitt

Wieder einmal stand auch die saarländische Bereitschaftspolizei mit ihrer Einsatzhundertschaft vor einer großen Herausforderung:

Der bisher längste bzw. größte Castor-Transport nach Gorleben ins dortige -politisch höchst umstrittene- Zwischenlager (ZL) stand an.

Lange vor dem eigentlichen Großeinsatz galt es die äußeren Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die für diese schwierige Aufgabe notwendigen Voraussetzungen zu einem guten Gelingen geschaffen würden. Trotz ständigen Bemühens der niedersächsischen Logistiker war es in den zurückliegenden Einsätzen immer mal wieder zu Problemen mit der Unterbringung, der Verpflegung oder auch der aus den langen Anfahrtswegen resultierenden Dienstzeiten gekommen. Die saarländischen „Delegationen“ waren dabei in der Vergangenheit immer relativ gut weg gekommen, was nicht zuletzt auch auf das frühzeitige und kooperative Zusammenwirken zwischen Einsatzleitung und Personalräten zurückzuführen war.

Von daher war es auch dieses Jahr eine Selbstverständlichkeit für die GdP-Personalräte sowohl im Vorfeld -es gab zwei Wochen vor dem eigentlichen Einsatz eine Besprechung zwischen der Einsatzleitung und allen Personalvertretern der Länderpolizeien und des BGS, an der auch der PHPR-Vorsitzende Reinhold Schmitt teilnahm- als auch während des Einsatzes vor Ort nicht nur die logistischen Voraussetzungen sondern die Einsatzbedingungen insgesamt im Interesse der eingesetzten Beschäftigten zu begleiten.

Für den Personalrat bei der Landespolizeidirektion übernahm diese wichtige Betreuungsfunktion der Kollege Otto Kempf, indem er bereits montags mit der Einsatzhundertschaft in den Einsatzraum verlegte, für den Polizeihauptpersonalrat reiste der Kollege Reinhold Schmitt einen Tag später an.

Aus unserer Sicht waren die Container-Stuben, die noch neu waren, hervorragend geeignet, wenn gleich auch die Belegung mit lediglich zwei KollegInnen immer noch Wunschenken bleibt. Auch die Anzahl der Duschen wäre durch Verdoppelung optimierbar. Die krachneuen Einsatzanzüge bestanden ihre erste richtige Bewährungsprobe positiv.

Die Versorger, für den Kücheneinsatz unterstützt durch zwei Tarifbeschäftigte, leisteten fast Unglaubliches, um die eingesetzten Beamtinnen und Beamten bei Laune zu halten. Getreu dem Motto „wie die Verpflegung, so die Bewegung“ gelang es den Versorgern, denen auch an dieser Stelle Dank und Lob ausgesprochen werden muss, mit für die notwendige Motivation zu sorgen. Absolutes Highlight war ihr aufgebautes Frühstücksbuffet im Rahmen der ersten zwölfstündigen Nachtschicht unmittelbar vor dem von uns zu schützenden Objekt Zwischenlager. Lediglich die Rühr- bzw. Spiegeleier mit Speck wurden noch vermisst. Doch daran wird für den nächsten Einsatz noch gearbeitet.

Die beiden Nachtdienste, in deren Verlauf unsere Hundertschaft in Gorleben einen Teil der Transportstrecke und zwei Objekte zu schützen hatte, verliefen auch für uns Personalvertreter ohne größere Probleme, quasi reibungslos.

Beeindruckend, auch für einen Brokdorf erprobten Personalrat, war die Abwicklung der letzten Einsatzphase, der Straßen-transport, schon. Kurz vor 06:00 Uhr bezogen tausende PolizistInnen Position, um einen reibungslosen Straßentransport zu gewährleisten. Das Wendland ist grün, hier und dort Blaulicht. Alleine die landschaftliche Kulisse, Morgengrauen, aus Wiesen und Wäldern sowie der nahen Elbe aufsteigender Dunst, fast totenstill weil kein Straßenverkehr mehr stattfindet. Die Anspannung

löst sich langsam beim Heranrollen der Castoren. Nachdem gemeldet wurde, dass der letzte Transporter ins ZL eingefahren ist, spürt jeder und jede die Erleichterung. Es ist mal wieder gut gegangen. Dankenswerterweise auch auf Grund der Motivation, des Engagements und des Einsatzwillens auch und gerade der saarländischen Einsatz-

hundertschaft. Nur diese herausragenden Eigenschaften konnten dann anschließend auch noch einen Folgeinsatz übers Wochenende zur Unterstützung der Hamburger Polizei gewährleisten.

Ihr seid schon echt gudd, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb ein großes Kompliment von den GdP-Personalräten. RS

BIKERTREFFEN

Auch in diesem Jahr wollen wir am Bikertreffen in Berlin mit einer saarländischen Gruppe teilnehmen.

Anreise und Rückreise ist mit je einer Übernachtung geplant, wodurch sich folgender Zeit-

rahmen ergibt: Anreise 28/29 April, Rückreise 1./2. Mai 2003.

Informationen und Anmeldung bei Reinhold Schmitt, Tel. 0681-9621512, bzw. Ringleitung 763-1512 anmelden.

Motorrad
Treffen 2003
in Berlin
29.05. - 01.06.2003

Die GdP macht mobil - Biker
für ein gewaltfreies Europa

ANMELDUNGEN UND INFOS ÜBER DEN
LB BERLIN TEL.: 030/21 000 4-33/43
HTTP://WWW.GDP-BERLIN.DE
E-MAIL: BIKER2003@GDP-ONLINE.DE
SELBSTKOSTENANTEIL: 75,- €

JUNGE GRUPPE

Mängel an der Fachhochschule



Jens Berner

Im Juli und August diesen Jahres verteilten wir von der JUNGEN GRUPPE an der FH in den Kursen P22 und P23 Mängel-listen. Darauf konnten die Kollegen ohne Vorgabe auflisten, was sie an der FH an sich und der Ausbildung im allgemeinen verbessern würden. Das gleiche führen wir natürlich auch noch bei der P21 und 24 durch, und ebenfalls auch bei den Dozenten.

Ziel des ganzen ist es, uns einen Überblick über die Probleme und Ideen der Kollegen zu verschaffen. Denn dass die Kollegen vielfältige Probleme an der FH haben, dürfte fast jedem bekannt sein; nur genau welche eher weniger und erste recht nicht, dass sie auch einige Ideen haben, um diese zu lösen

Die Resonanz auf die Mängel-listen war zu unserer Überraschung gewaltig. Dafür an dieser Stelle herzlichen Dank an die Kollegen, die sich daran beteiligt haben. Zwar mussten auch einige Schwachsinnigkeiten herausgekürzt werden (es gibt also keine halbnackten Rundengirls, die die nächsten Unterrichtseinheiten anzeigen!!!), aber ansonsten waren wir echt von dem Ideenreichtum und vor allem von den teilweise ausführlichen Lösungsvorschlägen begeistert.

Wir haben dann aus diesem Sammelsurium aller möglicher Ideen und Probleme eine Liste erstellt, die die wichtigsten und meist genannten Problemfelder aufgreift; die nicht aufgeführten sind natürlich nicht vergessen!

Die Top Ten:

1. Selbstverteidigung:

Durchgehend alle Kurse waren sich einig, dass dieses Fach viel zu kurz kommt, sogar teilweise gar nicht mehr angeboten wird, aber für die polizeiliche Praxis sehr wichtig ist. Eine Routinierung der Techniken ist nach der momentanen Stunden-vorgabe nicht möglich.

2. Entzerrung der Klausuren im Grundstudium und Ansiedlung der Wachpraktika: Im ersten Jahr sind trotz geringer theoretischer Grundlagen (eingriffsrechtlich gar keine Ausbildung) fast alle Wachpraktika. Dadurch bleibt natürlich wenig Zeit für lerntechnische Studienabschnitte und somit auch für Klausuren. Klar, der Stoff muss ja erst einmal vermittelt werden. Vielleicht wäre eine Entzerrung durch Verschiebung der Praktika eine Möglichkeit. Mit etwas mehr Wissen macht das Praktikum ja auch mehr Spaß.

3. Zulassung zum Hauptstudium durch Erreichen einer vorgegebenen Gesamtpunktzahl: Schwächere Fächer können so durch stärkere ausgeglichen werden. Des weiteren entsteht ein entsprechender Gesamteindruck des Studenten.

4. Most Wanted war natürlich auch ein zentraler Ausbildungsort: Zur Zeit besteht kaum Kontakt zu anderen Jahrgängen, somit ist auch wenig Erfahrungsaustausch möglich. Auch die Anfahrtszeiten der Dozenten zu den Verschiedenen Standorten würde sich erübrigen.

5. Das Fach „Methodik wissenschaftlichen Arbeitens“ wäre im ersten Studienjahr ebenfalls als sinnvoll anzusehen. Vielleicht ist da eine Splittung der Stunden möglich. Anfänglich zugunsten der Subsumptionstechnik, später Bezug nehmend auf die Studienarbeit.

6. Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich: Durchgehend ist hier der fehlende Praxisbezug bemängelt worden. Freuds

anale Phase bringt dem Polizeischüler nicht wirklich was...

7. Einsatztraining: Kompliment an die Trainer, leider viel zu geringer Stundenansatz.

8. Schießausbildung: Auch hier ist wäre ein regelmäßiges Pflichtprogramm wünschenswert.

9. Fremdpraktikum ?!

10. Erste-Hilfe-Ausbildung: Müsste Bestandteil der Ausbildung sein. Externe Anbieter gehen nicht auf polizeispezifische Problemfelder, wie z. B. Eigen-sicherung, ein.

Und wie geht's jetzt weiter? Denn Probleme benannt zu haben, ist ja schön. Aber sie anzupacken und zu lösen eine andere. Natürlich wird die JUNGE GRUPPE nicht jedes Problem lösen können, und die meisten brauchen leider viel Zeit. Wir sind uns dessen sehr wohl bewusst. Aber an der FH muss sich endlich etwas bewegen und wir wollen dazu beitragen!

Noch im November treffen wir uns mit dem Fachbereichsleiter Herrn POR Birtel um über die von den Kollegen stammenden Vorschläge und Probleme zu sprechen. Vorab können wir schon sagen, dass Herr Birtel in einigen Punkten mit uns der selben Meinung ist und auch selbst schon um eine Lösung bemüht. In anderen Punkten sind wir anderer Auffassung und darüber muss gesprochen werden. Vielleicht finden wir ja einen Nenner. Wir freuen uns jedenfalls auf das Gespräch.

Aber jeder sollte sich im klaren sein, dass für die meisten Probleme an der FH, nicht die FH und deren Fachbereichsleiter sondern die Politik verantwortlich ist. Denn SIE setzt die entscheidenden Rahmenbedingungen.

Angefangen bei der alten Landesregierung, die nie die FH mit den nötigen finanziellen und personellen Mitteln ausstattete, die nötig gewesen wären, eine mehr an der Praxis orientierte Ausbildung durchzuführen.

Noch die neue Landesregierung, die dieses Jahr dankenswerterweise 125 Kollegen eingestellt hat, aber es nicht schafft endlich einen Standort für die gesamte polizeiliche Aus- und Fortbildung zu schaffen. Dabei immer noch von einer Zwischenlösung zu reden, ist eine Frechheit. Denn diese sogenannte „Zwischenlösung“ dauert nun schon in der 7. Generation an.

Und deshalb ist das auch die Hauptforderung der JUNGEN GRUPPE an unsere Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer: Schaffen sie endlich ein Standort für die gesamte Aus- und Fortbildung der saarländischen Polizei. Denn dies ist die Grundvoraussetzung für eine Ausbildung, die die Kollegen in die Lage versetzt, die weiter steigenden Anforderungen an den Polizeiberuf bewältigen zu können.

Der Landesjugendvorstand

VERANSTALTUNG

Neujahrsempfang 2003

Die Kreisgruppen Saarbrücken Stadt und Land, Landeskriminalamt u. a. laden ein zum

traditionellen Neujahrsempfang am Freitag, dem 17. Januar 2003, 18:00 Uhr, im Bürgerhaus Saarbrücken-Burbach.

Der Empfang wird musikalisch umrahmt von der Band "Rebound" sowie der Tanzgarde der KG "Mir sin do".

Eintritt und ein pikanter Imbiss sind frei.

Geburtstage und Infoveranstaltung

Adolf Koch

Der Kollege Adolf Koch aus



Hans Schumacher (links), Hugo Bohr (rechts)

Rappweiler-Zwalbach ist ein Mann der ersten Stunde und kann auf 50 Jahre Mitgliedschaft in der GdP zurückblicken. POM a.D. Adolf Koch, der im vergangenen Juni seinen 83. Geburtstag im Kreis seiner Familie, Freunde und Kollegen der GdP feierte, wohnt mit seiner fürsorglichen Tochter Gabi ganz idyllisch am Zwalbacher Waldesrand. Nach wie vor frönt er seinen Hobbys, der Musik und dem Gesang.

Anlässlich der Ehrung für seine 50jährige Treue zur GdP hatte



Christof Wilhelm ehrt Adolf Koch (rechts)

er seine Verwandten und Freunde eingeladen und alle kamen. Höhepunkt der Feierlichkeiten war das von Tochter Gabi zubereitete Festessen. Kollege Koch ließ es sich nicht nehmen, die Gäste mit seinen amüsanten Reimen zu unterhalten.

L i e b e r Adolf, wir wünschen Dir noch eine lange Zeit im Kreise Deiner Lieben in Glück und Gesundheit. CWil.

Johann Schumacher

Am 12. Oktober 2002 feierte unser Kreisgruppenmitglied Hans Schumacher seinen 80-igsten Geburtstag. Hans Schumacher, geb. am 12.10.1922 in St. Wendel, wurde nach Kriegsende am 2. Februar 1947 bei der damaligen Gendarmeriebrigade Nennig als Wachtmeister auf Probe eingestellt. Von 1957 bis zu seiner Ruhestandsversetzung am 1. November 1982

war Hans Schumacher beim Polizeiposten Perl bedienstet. H a n s Schumacher ist seit August 1951 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. Im vergangenen Jahr wurde er vom Ministerpräsidenten des Saarlandes für seine 50-jährige Mit-

gliedschaft geehrt.

Als rüstiger R e n t n e r nimmt Hans Schumacher regelmäßig an Grenzlandkegeln der Dienststellen Polizeiposten Perl, BGS Nennig und der Police Remich/Luxemburg teil.

Wir wünschen unserem Jubilar weiterhin viel Glück und vor allem Gesundheit. DK



V.l.n.r.: Christof Wilhelm, Dietmar Maus, Dieter Kiefer

Geburtstage im Vorstand

Bei der Vorstandssitzung am 28. November konnte Kreisgruppenvorsitzender Christof Wilhelm die Vorstandsmitglieder Dieter Kiefer und Dietmar Maus zum 40. Geburtstag gratulieren. An dieser Stelle nochmals die besten Wünsche.

Infoveranstaltung zum Versorgungsrechtsänderungsgesetz

Die GdP-Kreisgruppe MZG-Wadern lud im Oktober zur o.g. Info-Veranstaltung in den großen Besprechungsraum der PI

Wadern.

Mit dem Kollegen Carsten Baum und Michael Habermann von der PVAG standen hochkarätige Referenten den Kollegen/Innen Frage und Antwort.

Nach der Begrüßung durch den Kreisgruppenvorstand erläuterte Carsten Baum im ersten Teil die Rechtssituation und legte schonungslos die gravierenden Einschnitte bei der Versorgung offen.

Nach einem kleinen Imbiss stellte Michael Habermann im zweiten Teil der Veranstaltung die Produktpalette des GdP-Kooperationspartners PVAG vor.

Im Anschluss standen die Referenten den interessierten Kollegen/Innen für persönliche Fragen zur Verfügung, bei Bedarf wurde eine persönliche Versorgungsanalyse gefertigt.

Insbesondere Carsten Baum musste zahlreiche Fragen der Kollegen beantworten.

Gut zu wissen, dass man solch einen Fachmann in den eigenen Reihen hat. Danke Carsten! CWil

KG LANDESKRIMINALAMT

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe LKA findet statt am **Dienstag, 7. Januar 2003, um 16:00 Uhr, im Restaurant Undine, Bismarckstr. 129, Saarbrücken(Achtung: Neue Örtlichkeit!).**

Wegen der anstehenden Probleme wie „Öffnungsklausel, Beihilfeverschlechterungen, Heraufsetzung des Pensionsalters“ pp. ist es wichtiger denn je zusammenzustehen und Flagge zu zeigen, auch in Form zahlreicher Teilnahme an unserer Versammlung! Harry Görens

Reformoptionen im Beihilfesystem

Carsten Baum berichtet aus der rund achtstündigen Fachdiskussion in Berlin

Wissenschaftler, Verwaltungsfachleute, Vertreter von Verbänden sowie beamtenpolitische Experten aus den DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatte der DGB für 17. Oktober 2002 nach Berlin zum Hearing geladen. Aus GdP-Bundesvorstand und -geschäftsstelle nahmen der stellv. Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut und der für Beamten- und Seniorenpolitik zuständige Sekretär Hans Adams teil. Als Zuhörer aus dem Saarland waren der Landes- und stellv. Bundesvorsitzende der GdP-Senioren Artur Jung sowie der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht, Carsten Baum, angereist. Mit Staatssekretär Josef Hecken aus dem Saarbrücker Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales saß ein weiterer Saarländer im Expertenpodium des Hearings. Es lieferte nützliche Erkenntnisse für die gesundheits- und gewerkschaftspolitische Debatte.

Aktuelle Situation des Beihilfesystems

Ebenso wie die Altersvorsorgekosten steht auch die Finanzierbarkeit der Krankheitskosten auf dem Prüfstand. Gerade sind den Medien von Bundesgesundheitsministerin Schmidt für 2003 gezielte Einsparungen von 3 Mrd. Euro durch Beitragserhöhungsverbote für die Kassen in die Notizblöcke diktiert worden. Im Gefolge der ebenfalls angekündigten Gesundheitsreform insgesamt wird sicher auch die Beihilfe verstärkt ins Gespräch kommen.

Auf Grund der Erfahrungen aus der zurückliegenden Versorgungsdebatte bedeutet dies Alarm für uns Gewerkschafter: Wenn auf dem Sprechzettel eines Politikers oder einem neuen Gesetzentwurf so etwas wie „Reform“, „Modernisierung“, „Innovation“, „Fortentwicklung“, „Verschlankung“, „Stabilisierung/Konsolidierung“,

„Zukunftssicherung“ etc. draufsteht, dann ist Sparen drin. Natürlich wollen alle nur unser Bestes – nämlich unser Geld.

Insbesondere die Länder weisen bisher auf die auch in der Beihilfe steigenden Kosten nur eine Antwort: Sie streichen Leistungen der Beihilfe und führen Eigenanteile (beschönigend „Kostendämpfungspauschale“ genannt) ein; so werden bereits aktuell den Beihilfeberechtigten übers Jahr gesehen Selbstbehalte in unterschiedlicher, oft nach Besoldungsgruppen gestaffelter Höhe abverlangt, so z.B. in Baden-Württemberg (76,69 Euro pro Jahr), in Hamburg (102 Euro), Nordrhein-Westfalen (100-500 Euro) und Berlin (ab 2003 geplant: 50-770 Euro).

Auch hinsichtlich der Beteiligung von „Vater Staat“ an den Aufwendungen seiner Beschäftigten in (Ö-Ton Beihilfevorschriften) „Krankheits-, Geburts- und Todesfällen“ generell herrscht in Deutschland - entsprechend seinem föderalen System - ein buntes Allerlei. Um einen aktuellen Überblick zu erhalten, hatte der GdP-Bundesvorstand aus den GdP-(Landes-)Bezirken bereits Anfang 2002 die jeweils dort bestehenden Regelungen abgefragt. Danach wenden die gemäß § 200 BBG erlassenen Beihilfevorschriften des Bundes mit Beihilfefähigkeit auch stationärer Wahlleistungen (neben dem Bund für die eigenen Beschäftigten) nur noch fünf (darunter vier der neuen!) Bundesländer an, die anderen Länder wenden sie auf Grund eigener Beihilfeverordnungen nur angenähert, eingeschränkt bzw. mit unterschiedlich ausgestalteten Selbstbehalten an. In manchen Ländern besteht für bestimmte Personengruppen noch freie Heilfürsorge, in anderen ist diese ganz abgeschafft. Mancherorts sind stationäre Wahlleistungen noch beihilfefähig, andernorts dagegen überhaupt nicht mehr oder nur noch gegen Eigenbehalt bzw. Zahlungen. In Rheinland-Pfalz ist aktuell daran gedacht, einen

„Zweibettzimmerzuschlag“ in Höhe von 13 Euro vom Monatsgehalt zu erheben, wenn Beihilfeberechtigte solche Leistungen in Anspruch nehmen wollen (siehe Landesteil Rheinl.-Pfalz von „deutsche Polizei“, Ausgabe 11/2002). Dies wäre eine Art „Beihilfezusatzversicherung“ – rechtlich bedenklich, soweit damit ein „Einstieg in den Umstieg“ vom Erstattungs- zum Versicherungsprinzip versucht wird.

Ein Hearing – tausend Fragen

Ist unser derzeitiges Gesundheitswesen für Versicherte und Kassen allgemein, ist die Beihilfegewährung für Beamte durch den Staat noch finanzierbar? Wie kann die Qualität der Gesundheits-

versorgung gesichert werden, ohne dass Kosten und Kassenbeiträge aus dem Ruder laufen? Brauchen wir einen Beihilfebericht? Können und sollen alle oder zumindest die neu eingestellten Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) überführt werden? Woran brüten die Dienstherren, was sagen Juristen, Verwaltungswissenschaftler und Ökonomen, welche Haltung nehmen Krankenversicherer und Ärzteschaft ein? Wofür und wogegen müssen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gesundheits- und gewerkschaftspolitisch wappnen – mit DGB und GdP an ihrer Seite? Was ist gesamtgesellschaftlich verträglich, auch im Verhältnis der Generationen und Beschäftigtengruppen zukunftsfähig und sozial gerecht? *wird fortgesetzt*

Anzeige

Sozialwerk der GdP Saarland informiert

Mallorca - Sonderreise
21.03. – 04.04. 2003

Zwischen Oliven- und Mandelbäumen und Pinienwäldern erstreckt sich Santa Ponsa entlang einer Bucht im Südwesten Mallorcas. Charakteristisch für den Ort sind bunte Felsenfontänen und die kalkmauerartige, fast im Meer abfahrende Sandmauer, die von einer schönen Strandpromenade umgeben ist.

Die Bucht von Santa Ponsa ist der wohl geschichtsträchtigste Ort Mallorcas. Am 10. September 1229 landeten hier die Truppen Königs Jaime I., von Mallorca zu erobern. Heute ist Santa Ponsa ein moderner, internationaler Ferienort mit vielen Geschäften, Bars und Restaurants und bietet unzählige Möglichkeiten für Freizeit und Erholung. Sie liegt wahlweise ab Düsseldorf oder Paderborn. Andere Flughäfen werden wir auf Wunsch - eventuell gegen einen geringen Aufpreis - versuchen zu realisieren.

Sie wohnen in dem 4*-Hotel Bahia del Sol in Doppel-, Einzel- oder Doppelzimmern zur Alkoholfreizeit mit Halbpension. Das Hotel liegt ca. 500 m vom Ortszentrum und 300 m von der Strandpromenade entfernt. Neben Einrichtungen wie Rezeption, Salon mit Bar und Terrasse, Kartenspieltische etc. werden Sie einen ausgestatteten Wellnessbereich, verschiedene Saunenbereiche und Massagepools, ein Hallenbad, einen Pool, eine Sonnenterrasse mit Liegen und einen Fahrradverleih vorfinden.

Eingeschlossen Leistungen:

- Flug ab/bis Ihren gewählten Flughafen nach Mallorca
- Flugtickets- und Flughafengebühren
- Hal & Fly
- Flughafenstransfer
- 14 Übernachtungen mit Halbpension im 4*- Hotel Bahia del Sol
- deutsch sprechende Reiseleitung vor Ort
- GdP-Reisebegleitung

Nicht eingeschlossen: Ökosteur (ca. € 1,50 p. Person / Tag)

Preis pro Person im Doppelzimmer **ab € 745,-**

Unsere Hotline: 0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424